

Zwischen Protest und Resignation

Arbeitslose und Arbeitslosenbewegung in der Zeit der Weltwirtschaftskrise

Wurde noch in den siebziger Jahren darüber diskutiert, ab welcher Arbeitslosenrate die Grenzen politischer Legitimität und sozialer Stabilität erreicht wären, so ist es in der Zwischenzeit merkwürdig still um dieses Thema geworden. Befürchtungen von einer Systemgefährdung durch Arbeitslose waren mitgetragen durch die Erfahrungen mit Massenarbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren, und wenn manche Politiker davor warnten, es wieder so weit kommen zu lassen, so stand unausgesprochen die Annahme dahinter, daß es „die Arbeitslosigkeit“ war, die die Erste Republik zugrunde gerichtet habe oder daß es „die Arbeitslosen“ waren, die Hitler an die Macht gebracht hätten.

Nach wie vor sind in den OECD-Ländern hohe Arbeitslosenraten zu verzeichnen, doch nach einem kurzen Aufflackern von Protest ist es offenbar zu einem gesellschaftlichen Arrangement mit Massenarbeitslosigkeit gekommen. Auch wenn man die geänderten materiellen Bedingungen und das im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise geringere Ausmaß an Arbeitslosigkeit in Rechnung stellt, so ist es doch eigenartig, für wie gering heute die Gefahren eingeschätzt werden, die von großer Arbeitslosigkeit ausgehen könnten. War es etwa gar nicht *die* Arbeitslosigkeit, die – wie oftmals behauptet – entscheidend zur Beseitigung des demokratischen Systems in Österreich und Deutschland beigetragen hat? Vielleicht ist es erst vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung möglich, den Blick ungetrübt durch die Mythen, die sich um die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit ranken, zurück auf die dreißiger Jahre zu werfen.

Die Vorstellungen über Arbeitslosigkeit waren lange Zeit von einer Dichotomie geprägt: Einerseits herrschte je nach politischem Standort die Hoff-

nung oder die Befürchtung vor, daß Arbeitslose sich radikalisieren könnten, was letztlich zu einer Revolution führen müsse. Andererseits wurde schon von zeitgenössischen Studien festgestellt, daß Arbeitslosigkeit auch oder vor allem zu Resignation oder Apathie führe, daß Arbeitslose traditionellen politischen Bewegungen und Parteien entfremdet würden, womit sie den Aufstieg von faschistischen Bewegungen begünstigt hätten. Für die Lage von Arbeitslosen heute gibt es immerhin schon differenziertere Sichtweisen, auch wenn sie nach wie vor ein beliebtes Projektionsfeld für eigene Wünsche oder Befürchtungen darstellen. Für die Zwischenkriegszeit mangelt es noch sowohl an genauen regionalen und lokalen Studien als auch an informierten Überblicksdarstellungen, wenngleich dazu in den letzten Jahren manches erschienen ist.¹ Im folgenden will ich den Versuch unternehmen, aus der Geschichte der Arbeitslosenbewegungen einiger Länder Ausmaß und Erfolge des Protests von Arbeitslosen darzustellen, und die Frage ihres Gewaltpotentials diskutieren. Dem will ich in einem zweiten Schritt die durch die Marienthal-Studie bekannt gewordene Resignations-These gegenüberstellen und sie auf ihre Tragweite hin untersuchen. Zu diesem Zweck gebe ich einige Beispiele aus Interviews mit ehemaligen Arbeitslosen², die es

1 Vgl. für Österreich: Hans Safrian, ‚Wir ham die Zeit der Orbeitslosigkeit schon richtig genossen auch‘. Ein Versuch zur (Über-)Lebensweise von Arbeitslosen in Wien zur Zeit der Weltwirtschaftskrise um 1930, in: Gerhard Botz u. Josef Weidenholzer, Hg., Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung. Eine Einführung in Arbeitsweisen und Themenbereiche der Geschichte „geschichtsloser“ Sozialgruppen, Wien u. Köln (Materialien zur historischen Sozialwissenschaft 2) 1984, 293–331; Peter Wilding, ‚... für Arbeit und Brot‘. Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark), Wien (Materialien zur Arbeiterbewegung 55) 1990; für Deutschland: Peter D. Stachura, Hg., Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany, Basingstoke 1986; Richard J. Evans und Dick Geary, Hg., The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, London 1987; für Großbritannien: Stephen Constantine, Unemployment in Britain between the Wars, London 1980; Richard Croucher, We Refuse to Starve in Silence: A History of the National Unemployed Workers' Movement, 1920–1946, London 1987.

2 Diese meist mehrstündigen lebensgeschichtlich orientierten Interviews mit 22 Frauen und 16 Männern werden derzeit von mir ausgewertet; einige Erkenntnisse lassen sich dennoch schon daraus ableiten. Ich verwende in diesem Aufsatz den Terminus „arbeitslos“ und seine Ableitungen „Arbeitslosigkeit“ und „Arbeitslose“ in pragmatischer Weise alternierend mit „erwerbslos“ und dessen Ableitungen. Die von der Frauenforschung ausgehende Kritik am Begriff „arbeitslos“ trifft zwar einen wichtigen Problembereich nicht nur der historischen

nahelegen, ihre Situation nicht bloß in dichotomischer Art und Weise – Protest vs. Resignation – zu erfassen.

Der tägliche Kampf um die Rechte der Arbeitslosen

„During the autumn of 1931, the N.U.W.M. built up a programme of marches and demonstrations at Labour Exchanges, Poor Law Offices and Town Halls. Persistent demonstrations in London in September led to a number of arrests, but brought no halt to scenes and impromptu meetings in and outside Labour Exchanges in the capital.“³

Die Unruhen setzten sich 1932 fort, als die N.U.W.M. (National Unemployed Workers' Movement) ihre Aktionen mit Märschen und Demonstrationen gegen lokale Unterstützungsbehörden fortführte. Sie zielten ab auf Sicherung der Notstandsarbeiten, eine Erhöhung der Unterstützungszahlungen und Erleichterung oder Abschaffung des Bedürftigkeitstests. Insbesondere diese Überprüfung der Bedürftigkeit war es, was die Arbeitslosen aufbrachte. Im Lauf des Jahres 1932 war eine Million Unterschriften gegen den „means test“ gesammelt worden, um sie in einer Petition dem Unterhaus vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde ein „großer nationaler Hungermarsch“ organisiert, bei dem 18 Kontingente aus dem ganzen Land am 27. Oktober in London zusammentreffen sollten. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Hungermarsch vereinigten sich im Hyde Park mit den sie erwartenden Demonstranten aus allen Teilen Londons zu einer an die Hunderttausend zählenden Menge.⁴

Auf den ersten Blick waren die Hungermärsche mit ihren anschließenden Demonstrationen, die die N.U.W.M. zwischen 1922 und 1936 veranstaltete, eine imposante Sache. Dazu kamen oft auch gewaltsame Auseinandersetzungen

Arbeitslosen-Forschung, nämlich die im großen und ganzen von Frauen zu leistende Hausarbeit und die Frauen in Zeiten von Arbeitslosigkeit meist fraglos zugeschriebene „Alternativrolle“. Der vorgeschlagene Terminus „erwerbslos“ stellt allerdings keine befriedigende Lösung dar, da hier das Grundwort „Arbeit“ unterschlagen wird. Um ganz präzise zu sein, müßte man die Wortungetüme „Lohnarbeitslosigkeit“ und „Erwerbsarbeitslosigkeit“ verwenden.

3 John Stevenson u. Chris Cook, *The Slump. Society and Politics during the Depression*, London 1977, 167 f.

4 Vgl. Peter Kingsford, *The Hunger Marchers in Britain 1920–1939*, London 1982, 129 ff., hier 154.

und Proteste vor Arbeitsämtern, Wohlfahrtsämtern und Rathäusern. All dies veranlaßte so manchen späteren Beobachter, der bei den Arbeitslosen der achtziger Jahre kein gesellschaftsveränderndes Potential auffinden konnte, zu einer rückblickenden Glorifizierung: „Mit ... der Gründung der ‚National Unemployed Worker’s Movement‘ ... entwickelte sich die politisch bedeutendste Erwerbslosenbewegung insgesamt.“⁵ Nun, die Erfolge der N.U.W.M. sollen hier nicht zu gering veranschlagt werden, aber gemessen an den Erwartungen vor allem der britischen KP, daß nämlich die Arbeitslosen ein fruchtbares Feld für die Rekrutierung zu gesellschaftsverändernder Aktivität darstellen würden, war die Bewegung ein Fehlschlag. Obwohl die N.U.W.M. während der 30er Jahre freie Bahn hatte, die Arbeitslosen zu organisieren, da die traditionellen Arbeiterorganisationen mit der Situation der Massenarbeitslosigkeit nicht zu Rande kamen, gelang es ihr nicht, eine Massenorganisation zu werden und die politischen Hauptgegner herauszufordern.⁶

Die Mitgliederzahl bewegte sich auf dem Höhepunkt 1932 bei 50.000; 1933 wurde von der N.U.W.M. Anspruch auf 100.000 Mitglieder erhoben. Jedenfalls fiel die Mitgliederzahl rasch, nachdem die schlimmste Zeit der Depression vorüber war. Die N.U.W.M. blieb eine minoritäre Organisation, die ihre Unterstützung von einer beschränkten Gruppe von arbeitslosen Arbeitern erhielt. Wal Hannington, der prominenteste Führer der N.U.W.M., mußte zugeben, daß „at no time the standing membership has approached even ten per cent. of the vast masses of the unemployed“.⁷ Ihre stärksten Gebiete waren jene mit einer militanten Tradition, speziell in den industriellen Zentren Schottlands, von Lancashire, den Midlands und London. Darüberhinaus hatte sie eine starke Unterstützung bei den Bergleuten von Südwales, wo ein starker kommunistischer Einfluß vorhanden war.

Trotz einer Vielzahl von Hungermärschen und Demonstrationen ist das bemerkenswerteste daran der beschränkte Charakter des Protestes gegen Massenarbeitslosigkeit. Die Hungermärsche von 1932, 1934 und 1936 hatten jeweils bloß 1.000 bis 2.000 Teilnehmer/innen. Nur bei wenigen Gelegenheiten war die

5 Reinhard Bahn Müller, *Die ohnmächtige Wut. Soziale Lage und gesellschaftliches Bewußtsein von männlichen Arbeitlosen mit qualifiziertem Berufsabschluß*, Frankfurt am Main 1981, 23 f.

6 Vgl. zum folgenden Stevenson u. Cook, *Slump*, wie Anm. 3, 157 ff.

7 Wal Hannington, *Unemployed Struggles 1919–1936*, London 1936, 323.

Arbeitslosigkeit Anlaß zu größeren Protesten, die annähernd Massenteilnahme erreichten.

Die Führung der N.U.W.M. war kommunistisch dominiert, und obwohl die Parteimitglieder in der Minderzahl waren (die britische KP hatte 1932 zirka 9.000 Mitglieder im Vergleich zu 50.000 der N.U.W.M.), verlieh dies der ganzen Bewegung ihren kommunistischen ‚Einschlag‘. Viele KP-Mitglieder gingen in die Arbeitslosen-Bewegung als quasi natürliche Ergänzung zu ihrer Partei-Aktivität.

Obwohl die Organisation der Politik der britischen KP folgte, war sie nicht einfach eine kommunistische Vorfeldorganisation, sondern besaß eine gewisse Autonomie. Es gab sogar Auseinandersetzungen zwischen der auf den Tag hin orientierten Arbeit der N.U.W.M. und den Langzeitzielen der Partei. Die N.U.W.M. wurde in den 20er Jahren beschuldigt, die Sicht auf die strategischen Notwendigkeiten der kommunistischen Bewegung verloren zu haben, weil sie sich zu sehr mit den technischen Details von Arbeitslosenunterstützung beschäftigte und weil sie mit den Versuchen, bessere Bedingungen für die Arbeitslosen zu erreichen, voll ausgelastet sei.⁸

Das war aber gleichzeitig der erfolgreichste Teil der Arbeit der N.U.W.M.: die tägliche Beratungstätigkeit über die Schwierigkeiten und Techniken der Arbeitslosen-Unterstützung.⁹ Über 2.000 Fälle wurden durchgefochten, davon ein Drittel erfolgreich. Die N.U.W.M. konnte für sich beanspruchen, daß sie die einzige Gruppe war, die in den schlimmsten Jahren der Depression aktiv für die Arbeitslosen eingetreten ist. Der T.U.C. veranstaltete bloß eine einzige Demonstration im Februar 1933, während die Labour Party Demonstrationen überhaupt ablehnte. Jeder Hungermarsch in den 30er Jahren mit Ausnahme des Jarrow-Marsches wurde von der N.U.W.M. veranstaltet. Damit konnte das Schicksal der Arbeitslosen in den betroffenen Gebieten zumindest der Vergessenheit entrissen werden. Durch die Aktivierung von Hunderttausenden wurden wenigstens kleine Verbesserungen bei den Unterstützungszahlungen erreicht. Aber über lokale Erfolge hinaus gab es im großen praktisch keine Ergebnisse: kein Ende des Bedürftigkeitstests, keine großangelegten öffentlichen Arbeiten und keine generell höhere Arbeitslosenunterstützung.

⁸ Vgl. Stevenson u. Cook, Slump, wie Anm. 3, 147.

⁹ Vgl. Croucher, Silence, wie Anm. 1, 202 ff.

Die revolutionäre Perspektive

In den kritischen Jahren zwischen 1929 und 1933, als die Arbeitslosigkeit auf ihrem Höhepunkt und die organisierte Arbeiterbewegung in größter Unordnung war, war die N.U.W.M. nicht bereit, eine offen revolutionäre Politik einzuschlagen. Mehr als einmal zeigte sich Moskau unzufrieden mit der Überbeschäftigung der N.U.W.M. im ‚taktischen‘ Kampf und verdamnte den ‚gewerkschaftlichen Legalismus‘ der Organisation. Im schlimmsten Jahr der Depression, 1932, antwortete die N.U.W.M. einer Aufforderung aus Moskau nach revolutionärer Aktion mit der Sammlung von einer Million Unterschriften auf eine Petition gegen den Bedürftigkeitstest.

An dieser Stelle scheint es mir interessant, einen Vergleich mit der deutschen Arbeitslosenbewegung zu ziehen. Die Erwerbslosenausschüsse und -komitees im Deutschen Reich waren in viel stärkerem Maß von der KPD beeinflusst als es die englische N.U.W.M. von der KPGB war. Schon zu Beginn der Weimarer Republik wurden die Erwerbslosen als wichtiger politischer Bündnispartner betrachtet.¹⁰ Im Gegensatz zur späteren taktischen Behandlung des Problems wurde hier noch die Ambivalenz gesehen, die im politischen Potential der Arbeitslosen liege: Es gäbe keinen Mechanismus, der die Entwicklung der Arbeitslosen zu einem revolutionären Subjekt garantiere. Im Gegenteil, wenn die Arbeiterbewegung und ihre Kader versagten, könnten sie aufgrund ihrer hoffnungslosen Lage auch zu einem Werkzeug der Konterrevolution werden. Aber schon 1924 wurde diese differenzierte Einschätzung zugunsten einer simplen Revolutionsmechanik aufgegeben. Für Thälmann lagen nun in der „Kampfkraft der Millionen von Erwerbslosen ... objektiv die allergünstigsten Voraussetzungen“ für eine revolutionäre Mobilisierung.¹¹ Es ging nur mehr darum, „die Energie anzuleiten“, „die Kraft zu organisieren“ und „die Forderungen

10 Vgl. zum folgenden Bahnmüller, Wut, wie Anm. 5, 15 ff.; Ali Wacker, ‚Und wir können den Zeitpunkt beinahe berechnen, wo die Arbeitslosen ihre Geduld verlieren‘. Überlegungen zur Geschichte der Arbeitslosenbewegung, in: J.A. Schüle in u.a., Hg., Politische Psychologie: Entwürfe zu einer historisch-materialistischen Theorie des Subjekts, Frankfurt am Main 1981, 125–150; Rose-Marie Huber-Koller, Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10, Frankfurt am Main 1977, 89–140; Arne Andersen, Die Erwerbslosenpolitik der KPD, in: Soziale Bewegungen, Jahrbuch 3: Armut und Ausgrenzung, Frankfurt am Main 1987, 52–68.

11 Zit. n. Huber-Koller, Erwerbslosenbewegung, wie Anm. 10, 95.

der Erwerbslosen in bestimmte, richtige ökonomische und politische Losungen umzuprägen.“ Zu diesem Zweck sollten parteilose Massenorganisationen der Erwerbslosen geschaffen werden, die jedoch – sollten die Arbeitslosen nicht „zuweilen vom Klassenweg abweichen“ – der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) unterstellt sein mußten.

Innerhalb der RGO gab es Anfang 1931, eigenen Angaben zufolge, 600 Erwerbslosengruppen mit 30.000 Mitgliedern; ein Jahr später 1.400. Die Zahl der formell überparteilichen Erwerbslosenausschüsse wuchs von 1.200 im Sommer 1930 auf 2.200 Anfang 1932. Jedoch war die Absicht der KPD, die Arbeitslosenbewegung als bloßes Instrument zur Durchsetzung ihrer Ziele zu benutzen, so deutlich geworden, daß parteilose, freigewerkschaftliche und sozialdemokratische Arbeiter die Erwerbslosenausschüsse in großer Zahl wieder verließen.

Die KPD forderte im Mai 1931 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das unter anderem die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich oder 40 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich vorsah; sie organisierte „Streiks“ von Notstandsarbeitern, Hungerdemonstrationen gegen die Notverordnung vom Juni 1931 und Rathausbesetzungen; sie veranstaltete Reichserwerbslosentage und vertrieb Erwerbslosenzeitungen und -führer. Im Mai und Juni 1932 fanden in fast allen Regionen Deutschlands große Aktionen gegen den „Unterstützungsraub“ der städtischen Behörden statt.¹² Vor den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern, wo tausende Menschen täglich in langen Schlangen warten mußten, kam es häufig zu Tumulten. So vor dem neubauten Arbeitsamt in Neukölln, das nach einem Bericht der „Roten Fahne“ eine Woche lang von empörten Erwerbslosen regelrecht belagert und bestürmt wurde.¹³

Die konkreten Forderungen der Erwerbslosenausschüsse waren nach wie vor populär: unentgeltliches Essen in Volksküchen, kostenlose Milch für Kinder der Arbeitslosen, freie Fahrt mit städtischen Verkehrsmitteln bei Behördengängen und bei der Arbeitssuche. Sich um die „kleinen Sorgen“ der Arbeitslosen zu kümmern, wurde jedoch immer als Nebensache, als Zeitverschwendung ange-

12 Vgl. Anthony McElligott, Mobilising the Unemployed: The KPD and the Unemployed Workers' Movement in Hamburg-Altona during the Weimar Republic, in: Evans u. Geary, Unemployed, wie Anm. 1, 228–260; hier: 253.

13 Rote Fahne vom 2. und 3. März 1932; vgl. Matthias Schartl, Ein Kampf ums nackte Überleben. Volkstumulte und Pöbelexzesse als Ausdruck des Aufbegehrens in der Spätphase der Weimarer Republik, in: Manfred Gailus, Hg., Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980), Berlin 1984, 125–167, hier: 148 f.

sehen. Die „Internationale Arbeiterhilfe“ etwa, die vergleichbar der N.U.W.M. konkrete Unterstützungsarbeit leistete, wurde als „rote Heilsarmee“ verspottet, die den revolutionären Elan lähme.¹⁴ Die Tagesforderungen wurden immer öfter überlagert durch viel abstraktere Parolen wie „Für die Diktatur des Proletariats“, „Gegen den imperialistischen Krieg“, „Für die Verteidigung der Sowjetunion“ und „Gegen Faschismus und Sozialfaschismus.“ Abgesehen von der abschreckenden Wirkung solcher Schlagwörter auf reformistisch eingestellte Arbeitslose blieben sie vermutlich für die Mehrheit der Adressaten abstrakt und eröffneten keinerlei Handlungsperspektive. Statt die Tagesinteressen der Arbeitslosen wahrzunehmen, bildete die Organisation von Demonstrationen den Schwerpunkt der kommunistischen Erwerbslosenarbeit. Um so schwerwiegender war es, als führende Genossen 1932 feststellen mußten, daß sich Arbeitslose schon „viel weniger gerne“ an Aufmärschen beteiligten als im Vorjahr; selbst bei Genossen bestand „Demonstrationsmüdigkeit“.¹⁵ Positive Beispiele, wie erfolgreiche Stempel-Streiks, die sich gegen die Beseitigung von Kontrollstellen oder die Anzahl der Kontrolltage richteten, Aktionen, die die volle Auszahlung der zuvor gekürzten Unterstützung zum Ziel hatten, waren die Ausnahmen. Gemessen am Umfang des Arbeitslosenheeres blieben Erfolge bei Demonstrationen oder „go-ins“ in Rathäuser, durch die Winterbeihilfen oder die Übernahme von Strom-, Gas- oder Mietrechnungen durch die Gemeinden durchgesetzt wurden, Einzelfälle.

Wurde also die N.U.W.M., die sich gegenüber der KPGB eine gewisse Autonomie bewahrt hatte, von der Partei und der Kommunistischen Internationale beschuldigt, zu sehr im täglichen Kleinkrieg für die Arbeitslosen befangen zu sein, war es bei der Erwerbslosenarbeit der KPD genau umgekehrt: hier stand die Frage der Einsetzbarkeit von Arbeitslosen für die strategischen Ziele der Partei im Vordergrund. An diese Feststellung, daß nämlich die KPD ab etwa 1924 eine gegenüber den Arbeitslosen bloß instrumentalistische Politik verfolgte, schließt sich in neueren Studien folgende Argumentationsfigur an¹⁶:

Ausschlaggebend für das Scheitern der deutschen Erwerbslosen-Politik war demnach, daß der Vertretung der unmittelbaren Interessen der Arbeitslosen kein entsprechendes Eigengewicht zugemessen wurde, sondern der „Kampf ge-

14 Vgl. Wacker, Tag, wie Anm. 10, 133.

15 Vgl. Huber-Koller, Erwerbslosenbewegung, wie Anm. 10, 107.

16 So bei Huber-Koller, Erwerbslosenbewegung; Bahnmüller, Wut, wie Anm. 5; Andersen, Erwerbslosenpolitik, wie Anm. 10.

gen den Unterstützungsraub“ mit dem „Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems“ gleichgesetzt wurde. Die Instrumentalisierung der Bedürfnisse, ihre für die Arbeitslosen selbst nicht nachvollziehbare Überhöhung mit abstrakten Parolen, die Vernachlässigung der politischen Voraussetzungen der Arbeitslosen führte dazu, daß die KPD ihre Basis innerhalb der Erwerbslosen nicht wesentlich erweitern konnte.

Selbsthilfe von Arbeitslosen

Die Frage, was eine erfolgreiche Arbeitslosenbewegung leisten kann, muß – das dürfte aus dem bisher Gesagten deutlich geworden sein – von jeweils zwei Seiten gestellt werden: aus dem Blickwinkel des oder der einzelnen Arbeitslosen und in gesamtgesellschaftlicher Perspektive. Besonders deutlich wird dies bei der US-amerikanischen Arbeitslosenbewegung.

Nach dem Einsetzen der Krise von 1929 glaubte die große Masse der Arbeiter zunächst, daß es sich nur um eine kurze Unterbrechung der Prosperität handle. Erst 1932/33 kam es zur Bildung von Selbsthilfeorganisationen der Arbeitslosen. In der Mehrzahl vom Geist eines „kleinbürgerlichen Amerikanismus“ (Mattick) getragen, waren diese Organisationen als temporäre Unternehmen gedacht, eine „amerikanisch-praktische“ Antwort auf das neue Problem der Massenarbeitslosigkeit. Die Selbsthilfeorganisationen fanden bald weite Nachahmung durch Sozialgesellschaften, Kirchengemeinden, Geschäftsleute und humanitäre Organisationen aller Art, auch einzelne Gewerkschaften und die *Socialist Party* beteiligten sich an der Schaffung solcher Institutionen.¹⁷

Der direkte Austausch von Waren und Arbeitskraft bildete die Basis der Bewegung. Oft tauschten nur die Mitglieder einer Organisation ihre Waren und Dienstleistungen untereinander aus, oft eine Organisation mit der anderen, z.T. aber auch mit außenstehenden Agenturen, Privatleuten und Behörden. Manche Organisationen bedienten sich strikter Austauschregeln, andere verzichteten auf jeden Wertmaßstab, sie nahmen, was sie erhalten konnten, und gaben ab, wovon sie zu viel hatten. Viele der Selbsthilfeorganisationen bedienten sich selbstgeschaffener Zirkulationsmittel als Geldersatz und schufen Berechnungs-

17 Vgl. zum folgenden Paul Mattick, *Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA 1929–1935* (1936), Frankfurt am Main 1969, 97 ff.

und Lohnsysteme, von denen die meisten vom Arbeitsaufwand ausgingen. Vertreten waren Personen praktisch aller Berufe, dementsprechend vielfältig war auch die Tätigkeit der Organisationen – von der Sammeltätigkeit bis zur Produktion bestimmter Waren auf Massenbasis. In der Mehrzahl handelte es sich jedoch um landwirtschaftliche Arbeiten.

1933 waren die meisten Selbsthilfeorganisationen entweder bereits verschwunden oder in Auflösung begriffen. Die Sammeltätigkeit stand meist in Konkurrenz zur Heilsarmee und brachte immer geringere Erträge, die Stiftungen gingen zurück, dazu kam wachsende Korruption. Letztlich wurde die schon bisher entwertete Arbeitskraft nahezu wertlos. Hier setzte die Kritik der gewerkschaftlichen und politischen Arbeitslosenorganisationen an der Idee der Selbsthilfe an: Der Austausch von Arbeit gegen Lebensmittel wurde als Lohndruck angesehen, was sich in bereits durchgeführten Lohnreduzierungen bemerkbar machte.

Neben diesen primär landwirtschaftlich orientierten Organisationen existierte eine Selbsthilfebewegung unter arbeitslosen Bergarbeitern in den Kohledistrikten des Ostens. Schon 1928 hatten Bergleute mit der illegalen Ausbeutung verlassener, für die Grubenbesitzer nicht mehr rentabler Kohlenschächte begonnen, in der Depression weitete sich die Förderung ständig aus. 1936 lebten nach Schätzungen etwa 10.000 Menschen davon, die illegale Produktion betrug rund 10 Prozent der gesamten Anthrazitproduktion der USA.

Seit dem Beginn der Depression versuchten auch die politischen Arbeiterorganisationen große Arbeitslosenorganisationen zu schaffen. Beinahe alle Organisationen traten zunächst ausschließlich für höhere Unterstützungssätze und eine bessere Organisation des Wohlfahrtswesens ein. Darüberhinaus verlangten sie eine weiterreichende Sozialgesetzgebung und die Arbeitslosenversicherung. Die unter dem Einfluß der *Socialist Party* stehenden Arbeitslosenorganisationen bildeten den gemäßigten Flügel, die *Unemployed Councils* der Kommunistischen Partei den aggressiveren einer „Gesamtbewegung“.

Die Arbeitslosenbewegung in den USA mit ihrer traditionell schwachen Arbeiterbewegung hatte also einen pragmatischen und stark situationsbezogenen Charakter. Insgesamt gesehen hat die riesige Arbeitslosigkeit nicht zu einer wirklichen Massenbewegung geführt, die die Arbeitslosen für längere Zeit aktiviert oder deren spontan ausbrechende Proteste gar in politische Aktion im Sinne der Arbeiterbewegung umgewandelt hätte. Die Mehrheit der Arbeitslosen stellte keineswegs die grundlegenden Normen und Verhaltensweisen der

amerikanischen Gesellschaft in Frage. Die schnell entstandenen Selbsthilfeorganisationen mit ihrem Austauschsystem weisen eher darauf hin, daß die Arbeitslosen im Geiste des amerikanischen Selfmademan gehandelt haben. „Verbitterung, Empörung und zeitweilige Militanz signalisierten kein ‚revolutionäres‘ Bewußtsein, sondern entsprangen eher der *Bindung* an die überkommenen Lebensformen, denen in der Depressionszeit die materielle und soziale Basis entzogen war.“¹⁸ Nachdem es zu einer wirtschaftlichen Konsolidierung gekommen war, verschwanden deshalb die meisten Selbsthilfeorganisationen ebenso rasch wie sie entstanden waren. „Mit dem Antritt der Roosevelt Regierung auf dem tiefsten Punkt der Depression, der zugleich zur Belebung der Wirtschaft überleitete, und durch die geschickte Sozialpolitik der neuen Regierung, gelang es, die arbeitslosen Massen so zu beruhigen, daß sie nicht nur der organisierten Arbeitslosenbewegung keine Gefolgschaft leisteten, sondern diese selbst in den nächsten Jahren dem Verfall nahe brachten.“¹⁹

Was Mattick hier bedauernd feststellt, ist schlicht und einfach die Tatsache, daß Arbeitslose nicht einfach ein Rekrutierungspotential für politische Gruppierungen darstellen, sondern daß sie an ihren traditionellen (Partei-)Bindungen weitgehend festhalten.

Dominanz der Sozialdemokratie

Dies zeigt sich besonders deutlich in Österreich. Die SDAPÖ war sich ihrer Hegemonie innerhalb der Arbeiterschaft so sicher, daß sie es – bis auf kleinere und meist regional begrenzte Aktionen – erst 1932 für nötig befand, spezielle Maßnahmen für Arbeitslose ins Leben zu rufen: die Herausgabe einer eigenen Zeitung „Der Stempler. Das Blatt der Arbeitslosen“ (erstmalig 14.11.1932), die Öffnung von Parteilokalen bereits am Nachmittag (mit speziellen Betreuungsangeboten für Arbeitslose) oder die Schaffung der Aktion „Jugend am Werk“, eine Art Gegenveranstaltung zum „Freiwilligen Arbeitsdienst“ der christlichsozialen Regierung.

Die von der KPÖ gegründeten Arbeitslosenkomitees veranstalteten zwar diverse Demonstrationen, Kundgebungen und Hungermärsche, wirkten aber

18 Wacker, *Zeitpunkt*, wie Anm. 10, 140; Hervorhebung im Orig.

19 Mattick, *Arbeitslosigkeit*, wie Anm. 17, 108 f.

kaum über den engeren Parteikreis hinaus. Am 6. März 1930 nahmen mehrere tausend Arbeitslose an einem Demonstrationszug in Wien teil (die „Rote Fahne“ vom 6. März berichtete von 67.000, der Polizeibericht vermeldete allerdings nur 1.800 Teilnehmer).²⁰ Auch die Sozialdemokratie hatte als Reaktion auf die (formal überparteilichen) Arbeitslosenkomitees eigene bzw. freigewerkschaftliche Arbeitslosenausschüsse gebildet. Allerdings beschränkte sich die Tätigkeit der SDAPÖ im wesentlichen auf die institutionelle Ebene, wenngleich auch sie ab und zu Kundgebungen veranstaltete.²¹

Mehrfach versuchten die Kommunisten, aus der engen parteimäßigen Beschränkung auszubrechen und mit der Sozialdemokratie auf der Ebene der Arbeitslosenpolitik zusammenzuarbeiten – Versuche, die allerdings bald wieder im Sand verliefen. So wurde im Mai 1932 beschlossen, die Exekutive des Zentral-Arbeitslosenkomitees, die bis dahin nur aus Kommunisten bestanden hatte, um Sozialdemokraten zu erweitern. Bei dem am 11./12. Dezember 1932 stattfindenden I. Reichsarbeitslosenkongreß nahmen 140 Kommunisten, 75 Parteilose und 48 Sozialdemokraten teil.²² Durch Organisationen wie die Arbeiterhilfe, die sich besonders der materiellen Unterstützung von Arbeitslosen annahm, erlebte die KP einen gewissen Zulauf, die Arbeitslosenbewegung konnte aber in keiner Phase Massenwirksamkeit erlangen. Eine Rolle spielte hier nicht zuletzt die Furcht, schwerer wieder eine Arbeit zu finden, wenn man einem Arbeitslosenkomitee angehörte.²³ Die Dominanz der SDAPÖ in der Arbeiterschaft wurde durch solche partiellen Bündnisse jedenfalls nicht in Frage gestellt.

In dieser Hinsicht befand sich die KPÖ mit ihren Arbeitslosenkomitees vor ähnlichen Schwierigkeiten wie die britische N.U.W.M. Auch ihr gelang es nicht, die traditionelle Führungsrolle der Labour Party und des T.U.C. zu brechen. Daher war die Arbeitslosenbewegung in vielen Teilen Großbritanniens gemeinsam mit der KP in Opposition zu den traditionellen Loyalitäten der Arbeitslosen. Die N.U.W.M. hatte ihre härtesten Kämpfe nicht mit dem „Klassenfeind“, sondern mit den existierenden Traditionen und den politischen Organisationen der Arbeiterklasse (und deren Antikommunismus) auszufechten.²⁴

20 Vgl. Magrit Frischauer, Auseinandersetzungen und Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten vom 15. Juli 1927 bis zum 12. Februar 1934, Diss. Wien 1976, 107.

21 Vgl. dazu Wilding, Arbeit, wie Anm. 1, 281 f.

22 Vgl. Frischauer, Auseinandersetzungen, wie Anm. 20, 153.

23 Vgl. Frischauer, Auseinandersetzungen, 155.

24 Vgl. Stevenson u. Cook, Slump, wie Anm. 3, 161.

Rückblickend bestätigt das auch Wal Hannington, der schon zitierte Führer der N.U.W.M., indem er als einen der Gründe für den begrenzten Erfolg der Bewegung die mangelnde Kooperation der Labour Party und des T.U.C. anführte.

Arbeitslose als Gewaltpotential?

In den USA wurden am 6. März 1930, dem „Internationalen Welterwerbslosentag“, große Demonstrationen durchgeführt: Durch eine gewaltige Propagandatätigkeit gelang es den Arbeitslosenkomitees, über eine Million Amerikaner/innen zu mobilisieren. In einer Reihe von Städten kam es zu teils blutigen Auseinandersetzungen, so in Washington, Seattle und New York.²⁵ Demonstrationen von Arbeitslosen verliefen nicht selten gewaltförmig und endeten manchmal blutig. Aber bedeutet das, daß Arbeitslosigkeit an sich schon zu höherer Gewaltbereitschaft disponiert?

Die hohe Arbeitslosenrate und die Vielzahl von gewaltförmig und nicht selten tödlich verlaufenden Konflikten in der Ersten österreichischen Republik scheinen diese Annahme zu stützen. Die Korrelation von Arbeitslosenzahlen mit der Anzahl von Gewaltopfern ergibt hier einen positiven Zusammenhang, und dies hat dazu geführt, der „Arbeitslosigkeit ... in der Ersten Republik eine besonders starke gewaltverursachende Wirkung“²⁶ zuzuschreiben. Im Vergleich mit anderen Ländern zeigt sich jedoch die Problematik solcher Korrelationen deutlich. Als besonderes Problem kommt für Österreich dazu, daß es in der Ersten Republik eine viel unbedeutendere Arbeitslosenbewegung gab, als in den anderen hier behandelten Ländern. Dies führt dazu, daß Gewalt meist nicht direkt an Demonstrationen und Hungermärschen festgemacht werden kann, sondern zunächst aufgrund einer statistischen Analyse erschlossen und anschließend in einer theoretischen Erklärung an die Arbeitslosigkeit rückgebunden wird.

Verschlechterungen in den ökonomischen oder sozialen Bedingungen von einigen Monaten oder wenigen Jahren Dauer werden von Gerhard Botz als „mit-

25 Vgl. Wacker, *Zeitpunkt*, wie Anm. 10, 135.

26 Gerhard Botz, *Die ‚Juli-Demonstranten‘, ihre Motive und die quantifizierbaren Ursachen des Justizpalastbrandes 1927*, in: ders., *Krisenzonen einer Demokratie. Gewalt, Streiks und Konfliktunterdrückung in Österreich seit 1918 (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 9)*, Frankfurt am Main 1987, 65–117, hier: 95.

telfristige Ursachen“ politischer Gewaltanwendung bezeichnet. Daneben „haben zweifellos konjunkturelle Abschwünge kurzfristig die soziale Unzufriedenheit und die Bereitschaft zur Gewaltanwendung erhöht“. ²⁷ Wirtschaftswachstum geht demnach mit niedrigen jährlichen Gewaltopferzahlen einher, umgekehrt ist ein Sinken des Bruttonationalprodukts von einem Ansteigen der politischen Gewaltsamkeit begleitet. Da aber die gewaltverursachende Wirkung von Arbeitslosigkeit durch andere Faktoren (z.B. Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger struktureller Arbeitslosigkeit) kompensiert werden kann, „können auch nicht die Arbeitslosenzahlen direkt die Gewalt verursacht haben“. ²⁸ Daher ist noch ein zusätzlicher Erklärungsschritt notwendig. Als grundlegend bei der Verursachung von Protestverhalten und Gewaltausbrüchen sieht Botz folgende Voraussetzungen an: 1. langfristige strukturelle Ungleichheit und Spannungen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefüge einer Gesellschaft („strukturelle Gewalt“), die 2. zu einem starken Gefühl der Benachteiligung, zur „relativen Deprivation“, führen – wobei Massenarbeitslosigkeit eine der Hauptursachen von relativer Deprivation ist; 3. Bewußtwerden und Politisierung dieses Spannungszustands; 4. Auftreten sog. „Beschleunigungsfaktoren“ und 5. modifizierende Faktoren gesellschaftlicher Kontrolle. ²⁹ Hier ist allerdings die Frage zu stellen, wer die Akteure der Gewalt sind, denn – wie Botz einräumt – die Untersuchung über Marienthal zeigt, daß Arbeitslosigkeit die Betroffenen „im allgemeinen von ihren gewohnten politischen Organisationen (und sozialen Netzwerken) entfremdete und apathisch werden ließ.“ ³⁰ Einschränkend zu dieser Aussage wiederum Botz: „Besonders für Gewaltanwendung disponiert waren ... Anhänger solcher Gruppen, die im Berufsleben nicht (noch nicht) fest eingebunden sind und daher über den zeitlichen und räumlichen Spielraum verfügen, der zur Beteiligung an politischer Gewalt notwendig ist, das heißt vor allem Arbeitslose, Kriegsheimkehrer, Invalide (und Jugendliche).“ ³¹ Letztlich bleibt bei diesen Erklärungsversuchen von politischer Gewaltanwendung unklar, wer der eigentlich Handelnde war: der Arbeitslose oder der Beschäftigte oder beide?

27 Gerhard Botz, Formen politischer Gewaltanwendung und Gewaltstrategien in der Ersten Republik, in: ders., Krisenzonen, 13–48, hier 41.

28 Botz, Juli-Demonstranten, wie Anm. 26, 96.

29 Botz, Juli-Demonstranten, 66.

30 Botz, Juli-Demonstranten, 96.

31 Botz, Formen, wie Anm. 27, 26.

Das in diesem Zusammenhang verwendete Modell für Protest und Gewaltanwendung arbeitet mit dem vermittelnden Begriff der „relativen Deprivation“. Nachdem historische Studien über massenhaftes Protestverhalten³² festgestellt haben, daß es in vielen Fällen nicht einfach Hunger, Elend oder sonstige materielle Notlagen waren, die zu Aufruhr und Protest geführt haben, ist zu prüfen, ob die Kategorie der relativen Benachteiligung geeignet ist, dieses Verhalten zu erklären. Mit anderen Worten: da sich die „Verelendungstheorie“ als zu simpel erwiesen hat, stellt sich die Frage, ob hier nun eine ausreichend komplexe Erklärungsvariante vorliegt. Das Konzept der relativen Deprivation hat seinen Ursprung in der soziologischen Bezugsgruppentheorie. Darunter ist „der Sachverhalt zu verstehen, daß Menschen sich im Statuswettbewerb benachteiligt oder geschädigt fühlen, wenn sie ihre soziale Situation mit der von anderen vergleichen“.³³ Voraussetzung für die Anwendung dieses Konzepts sind die folgenden Komponenten: 1. Der Vergleich mit anderen hinsichtlich eines oder mehrerer Merkmale (z.B. Beschäftigungsverhältnis, Lebensstandard, Sozialstatus), 2. die Höherbewertung des diskriminierenden Merkmals (z.B. der Besitz eines Arbeitsplatzes), 3. der Wunsch nach Erlangung dieses Merkmals und 4. die Vorstellung der Legitimität, dieses Merkmal zu besitzen. Ein deprivierender Vergleich kommt nur zustande, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind und wenn ähnliche Normen und Werte zwischen den Bezugsinstanzen bestehen. Das Gefühl der relativen Benachteiligung wird jedoch abgemildert durch das Anwachsen von Arbeitslosigkeit in der sozialen Umgebung des Betroffenen. Umgekehrt wird es dann besonders hoch sein, wenn der Betroffene den Eindruck hat, daß sein Zustand selten oder gar einzigartig ist. Nach diesem Konzept dürfte also Massenarbeitslosigkeit kein Faktor für die Entstehung relativer Benachteiligung sein, da deprivierende Vergleiche vor allem dann eintreten, wenn Betroffene das Gefühl haben, daß ihr Zustand selten ist. Offensichtlich ist es also nicht möglich, die Anwendbarkeit dieser Kategorie auf die Zwischenkriegszeit

32 Vgl. etwa George Rudé, Die Volksmassen in der Geschichte. Unruhen, Aufstände und Revolutionen in England und Frankreich 1730-1848, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1979; Edward P. Thompson, Die ‚sittliche Ökonomie‘ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Detlev Puls, Hg., Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1979, 13-80.

33 Thomas Kutsch u. Günter Wiswede, Arbeitslosigkeit im Spiegel der Sozialwissenschaften II: Arbeitslosigkeit als psychosoziales Problem, in: dies., Hg., Arbeitslosigkeit II: Psychosoziale Belastungen, Königstein/Ts. 1978, 1-13, hier: 9, für das folgende: 10.

auf dieser allgemeinen Ebene zu prüfen. Sehen wir uns deshalb eine konkrete Anwendung an:

W. G. Runciman versucht in einer Studie³⁴ das Konzept der relativen Deprivation im Abschnitt „Changing comparisons of class“ auf die Situation in Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg zu übertragen. Relative Deprivation entsteht demnach nicht (automatisch) dann, wenn die (ökonomische) Situation besonders schlecht ist, sondern sie hängt v.a. mit enttäuschten Erwartungen zusammen. So war z.B. die Periode der intensivsten Streiks in Großbritannien während des 20. Jahrhunderts nicht die Periode der härtesten Not, sondern jene Zeit, in der einmal geweckte ökonomische Erwartungen enttäuscht wurden.

Nach Runciman reduzierte die Depression eher die Höhe und Intensität der relativen Deprivation, denn nur wenige Betroffene fühlten, daß die Krise zu vermeiden gewesen wäre. Wahrscheinlich sah sich die Mehrzahl der Opfer der Depression selbst mehr als Opfer von Unglück als von Ungerechtigkeit. Unzufriedenheit, die sich in militanten Aktionen manifestierte, war hingegen niemals weit verbreitet und wurde fast ausschließlich von der Kommunistischen Partei organisiert, jedenfalls nicht durch die Labour Party.

Das Argument, daß ein Gefühl der relativen Deprivation durch enttäuschte Erwartungen entsteht, wird durch eine Episode bekräftigt, bei der Unzufriedenheit am vehementesten vertreten wurde, weitverbreitet war und letztlich auch Erfolg hatte: durch den Aufruhr, der der Einführung einer neuen Arbeitslosen-Unterstützungsverordnung durch den *Unemployment Act* von 1934 folgte. Durch diese Verordnung wurde die Verantwortung für alle Unterstützungszahlungen (für Versicherte und Nicht-Versicherte) an ein neugeschaffenes *Unemployment Assistance Board* übertragen. Die Festsetzung der Höhe der Zahlungen wurde somit den lokalen *Public Assistance Committees* entzogen, die autonom über das Ausmaß der Auszahlungen entscheiden konnten (und dadurch ihr Budget oftmals überzogen). Es wurde somit eine neue Art von zentralisiertem Armengesetz geschaffen, die Unterstützung wurde einheitlich fixiert, womit sie den Einflußmöglichkeiten der lokalen Politik entzogen werden sollte. Die Regierung weckte in der Öffentlichkeit die Erwartung, daß die Mehrheit der Arbeitslosen mit einer kleinen Erhöhung ihrer Unterstützung rechnen könne. Tatsächlich aber mußte die große Mehrheit der Unterstützungsempfänger be-

34 W. G. Runciman, *Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England*, London 1966, hier: 55-77.

merken, daß sie eine Reduktion der Zahlungen hinnehmen sollte. Das Ausmaß des darauffolgenden Protests war, nach englischen Maßstäben, spektakulär: es handelte sich um den größten nach dem Generalstreik von 1926.³⁵ Die Vorlage mußte schließlich zurückgenommen werden; 1936 wurde ein vollständig revidiertes Gesetz angenommen, das auch allgemeine Zustimmung fand.

Relative Deprivation – so zeigt sich also – kann unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit nur selten und unter ganz spezifischen Bedingungen entstehen. Dieses Konzept ist kaum dazu geeignet, die Gewaltförmigkeit von Protesten und besonders die Gewaltanwendung von Arbeitslosen generell zu erklären. Militanz scheint dagegen eher eine Wurzel in der jeweiligen Gesellschaft und deren Traditionen zu haben als bei den Arbeitslosen selbst, die dann – keinesfalls in ihrer Mehrheit – quasi eine Katalysatorfunktion übernehmen können. Bei den Unruhen in Belfast etwa, den schlimmsten auf den Britischen Inseln aufgrund von Arbeitslosigkeit, muß dementsprechend die der Nordirland-Politik inhärente Gewalt mitgedacht werden. Ähnliches gilt für gewaltsame Auseinandersetzungen in Merseyside, Birkenhead und Südwales, wo jeweils Traditionen der Militanz und Gewalt in Verbindung mit lokalen Umständen das Entstehen von Unruhen begünstigten. Auch für Süd-Wales läßt sich zeigen, daß der Grund für die wachsende Militanz in den 30er Jahren nicht die Arbeitslosigkeit war, sondern daß es eine Geschichte der Militanz in dieser Region gab. Etwa 20 Walisische Bergarbeiter bildeten einen einflußreichen Kern von Aktivisten, der bei vielen Demonstrationen, Streiks und anderen Anlässen die Führung übernahm. Die Oral History-Forschung konnte belegen, daß es eine Art von „revolutionärem Syndrom“ mit immer den gleichen Männern gab, die an Streiks, Hungermärschen, Demonstrationen und in den Internationalen Brigaden teilnahmen.³⁶ Für die Weimarer Republik ist im Anschluß an die Untersuchung der „soldatischen Männer“ durch Klaus Theweleit festzustellen, daß es keineswegs die Arbeitslosigkeit selbst war, die die hohe Gewaltförmigkeit der Auseinandersetzungen zwischen Links und Rechts prägte. Zweifellos waren in den militarisierten Männerbünden der Parteien, die Anfang der dreißiger Jahre das Straßenbild beherrschten³⁷, Arbeitslose überproportional hoch vertreten. Allerdings traten diese Männer meist nicht erst einer Organisation bei,

35 Vgl. Stevenson u. Cook, *Slump*, wie Anm. 3, 183.

36 Vgl. Stevenson u. Cook, wie 140.

37 Vgl. Detlev Peukert, *Die Erwerbslosigkeit junger Arbeiter in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929–1933*, in: VSWG 72, 1985, 305–28, hier: 325.

als sie arbeitslos geworden waren, sondern sie sahen die Arbeitslosigkeit als Chance, nunmehr ganz für die Bewegung tätig sein zu können.³⁸ Es waren also weniger die oft zitierten Suppenküchen der SA, die Arbeitslose zum Beitritt zu männerbündischen Vereinigungen veranlaßten; vielmehr geht es hier um Ursachen, die in der Psychostruktur dieser „soldatischen“ Männer zu suchen sind. „Daß es um die Stellung zum Militarismus und nicht zur ‚Suppe‘ geht, sieht man auch daran, daß Arbeiter trotz Hungers, Kleiderknappheit und Arbeitslosigkeit nicht entsprechend von der Möglichkeit Gebrauch machten, in ‚Volkswehren‘ einzutreten“³⁹, stellt Theweleit für die Teilnahme an Freikorps Anfang der 20er Jahre fest.

„Früher habe ich die Arbeiterzeitung auswendig können...“⁴⁰

Die Frage, ob Arbeitslose dazu neigen, politische Veränderungen der Gesellschaft für aussichtslos anzusehen und deshalb resignieren, oder ob sie zu Radikalisierung tendieren, kann offensichtlich nicht generell beantwortet werden. Es wird wichtig sein, bei den folgenden Beispielen die jeweiligen Umstände der unterschiedlichen *Verarbeitungsformen* von Arbeitslosigkeit genau in Betracht zu ziehen.

In ähnlicher Weise wie bei den schon zitierten „alten Kämpfern“ der NSDAP kam es bei Sozialdemokraten und Kommunisten zu der auf den ersten Blick paradoxen Situation, daß sie während der Arbeitslosigkeit weniger „Freizeit“ hatten als vorher. So berichtet die Tochter eines Betriebsrates im sozialdemokratischen Konsumverein, der nach einem durch Lohnkürzungen ausgelösten wilden

38 Vgl. Christoph Schmidt, Zu den Motiven ‚alter Kämpfer‘ in der NSDAP, in: Detlev Peukert u.a., Hg., Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, 21–43, hier: 29.

39 Klaus Theweleit, Männerphantasien, Bd 2: Männerkörper. Zur Psychoanalyse des weißen Terrors, Reinbek 1980, 387.

40 Marie Jahoda u.a., Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit (1933), Frankfurt am Main 1975, 58; dieser Ausspruch eines führenden politischen Funktionärs des Ortes, der als Symptom für den Rückgang des politischen Interesses bei Arbeitslosigkeit zitiert wird, lautet in voller Länge: „Früher habe ich die Arbeiterzeitung auswendig können, jetzt schau ich sie nur ein bißl an und werf sie weg, trotzdem ich mehr Zeit hab.“

Streik 1927 entlassen wurde, von einer Unterhaltung zwischen Vater und Mutter während des Streiks:

„... no, was wird sein, wann der Streik z'ammbricht, was wird da sein, und da hat er g'sagt, no arbeitslos, arbeitslos wer i wern ... und mei Schwester und i ham da zuag'hört, wie die gredt ham und da hamma uns wahnsinnig g'freut, weul mir ham uns vurgstellt, des wird a scheene Zeit wern, weul wann er arbeitslos is, wird er dann, wird er dann mehr Zeit ham, und mit uns Ausflüge machn...“

Die Realität schaute allerdings ganz anders aus:

„Des war der erste Einschnitt, der is dann wirklich arbeitslos wurn, ... irgendwas hams zurückgezogn, mir scheint die Lohnkürzungen, es war – sovül i als Kind mitkriagt hab – des war ein Teilerfolg, aba ihm und dann glaub i no zwa hats den Arbeitsplatz kost. Des war dann a sei Weg zur Kommunistischen Bewegung, durch seine Erfahrungen... und von unserer Vorfreude, daß er dann Zeit ham wird, wann er arbeitslos is, is also ... *sehr* wenig gebliebn.“ (Frau Prosser)⁴¹

Zunächst könnte man denken, daß der Vater von Frau Prosser eben deshalb nicht zu Resignation neigte, weil er ja schon vor seiner Arbeitslosigkeit politisch sehr aktiv war. Sieht man sich allerdings die Befunde der Marienthal-Untersuchung an, ist das als (alleiniges) Kriterium zu wenig. Denn am auffälligsten von all den Veränderungen hin zu einer „müden Gemeinschaft“ ist die gewandelte politische Haltung.⁴²

Das vor der Stilllegung der Fabrik sehr rege politische Leben – Marienthal galt als politisch heißer Boden – war fast völlig zum Erliegen gekommen. Nicht nur der schon zitierte sozialdemokratische Funktionär blätterte die Arbeiterzeitung bloß noch durch, die Abonnentenzahl war insgesamt stark zurückgegangen, und zwar von 1927 bis 1930 um 60 Prozent, obwohl das Arbeitslosen-Abonnement nur 4 Groschen pro Nummer kostete. Daß hier offensichtlich das Interesse an Politik zurückgegangen war, zeigt sich an der Zahl der Abonnenten des „Kleinen Blattes“, der sozialdemokratischen Unterhaltungszeitung: diese war trotz eines höheren Preises (10 Groschen pro Nummer) nur um 27 Prozent gesunken. Auch die meisten (politischen) Vereine verloren Mitglieder, wobei der Rückgang bei der SDAPÖ selbst mit 33 Prozent noch relativ gering war.

41 Die Namen der Interviewpartner/innen wurden vom Verf. geändert.

42 Vgl. Jahoda, Marienthal, wie Anm. 40, 58 ff.

Die Wahlergebnisse bei den Gemeinderats-, Nationalrats- und Landtagswahlen von 1929–32 zeigen dagegen eine derartige Konstanz der politischen Haltung, daß ein Wechsel zum anderen Lager ausgeschlossen werden kann: Bei jeweils über 90 Prozent Wahlbeteiligung erhielt die Sozialdemokratie immer annähernd 80 Prozent der Stimmen.

Die Bereitschaft jedoch, sich politisch zu engagieren, nahm deutlich ab. Sogar unter den Jugendlichen waren nur mehr die wenigen politisch tätig, die noch Arbeit hatten. In der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend (SAJ) waren von 37 Mitgliedern nur sieben arbeitslos – ein Funktionär legte, als er seine Arbeit verlor, alle seine Funktionen nieder und zog sich politikmüde zurück. Übereinstimmend wurde von den Funktionären aller politischen Richtungen erklärt, daß die offenen politischen Feindseligkeiten im Ort seit der Arbeitslosigkeit viel geringer geworden waren. So verlief der Wahlkampf vor den Landtagswahlen 1932 – mit Ausnahme von ein paar Plakatvernichtungen – völlig ruhig.

Die Autor/innen der Studie waren selbst von der Eindeutigkeit dieser Ergebnisse überrascht und hielten es deshalb für notwendig, die Beschreibung des Nachlassens von politischen Aktivitäten durch folgende Erklärung zu unterbrechen: „Diese Tatsache, die in seltsamem Widerspruch steht zu allem, was im Augenblick im Deutschen Reich vorgeht, ist wohl darauf zurückzuführen, daß in dem kleinen Marienthal alle Menschen, ohne Rücksicht der Parteizugehörigkeit, das gleiche Schicksal zu ertragen haben. Allerdings muß bei der ganzen folgenden Darstellung [Rückgang der politischen Aktivitäten, Erg. d. Verf.] die Möglichkeit im Auge behalten werden, daß immer auch nationale Eigentümlichkeiten der Österreicher mitspielen, die z.B. in Norddeutschland anders sein und dann auch zu anderen Wendungen führen könnten.“⁴³

43 Jahoda, Marienthal, wie Anm. 40, 59 f.; diese Erklärung ist von einigen Historikern, die sich mit der Situation von Arbeitslosen in der Weimarer Republik beschäftigten, dankbar aufgegriffen worden. So schreibt Fischer: „... the authors were careful to avoid claiming universal applicability for their findings and were at particular pains to distinguish the experience of Marienthal from developments in Germany“ (Conan J. Fischer, Unemployment and Left-Wing Radicalism in Weimar Germany, 1930–1933, in: Stachura, Unemployment, wie Anm. 1, 209–225, hier 211; daß in der ungenauen Übersetzung aus den „nationalen Eigentümlichkeiten“ gleich „national characteristics“ der Österreicher werden, sei hier nur nebenbei bemerkt.) Diese offen zugegebene Scheu vor Verallgemeinerungen ist den Autor/innen der Marienthal-Studie tatsächlich zugutezuhalten. Sie führt allerdings häufig dazu, daß Historiker, die sich mit dem Thema Arbeitslosigkeit aus deutscher Sicht beschäftigen, die Ergebnisse von Ma-

Nicht nur in Norddeutschland, schon im 30 Kilometer entfernten Wien war die Situation zum Teil ganz anders. Die Großstadt bot nicht nur vielfältige Möglichkeiten, sich zumindest durch Gelegenheits-, Aushilfs- oder Schwarzarbeit ein geringes (Zusatz-)Einkommen zu verschaffen, allein schon die Durchmischung der Lebensweise von Arbeitslosen mit der von Beschäftigten verhinderte, daß die „Arbeits- und Arbeitermentalität“ so stark wie in Marienthal verschwand und dadurch „Arbeitslossein“ bereits als eigener Stand empfunden wurde.⁴⁴ In Marienthal war in mehr als zwei Drittel der Familien keine einzige Person erwerbstätig, in Wien waren nie mehr als 12,5 Prozent der Gesamtbevölkerung arbeitslos (in Berlin etwa, das von Arbeitslosigkeit ganz besonders betroffen war, betrug diese Rate 15 Prozent). Diese Durchmischung zusammen mit der Einbindung von Arbeitslosen in das weitgespannte Organisationsnetz der Sozialdemokratie in Wien konnte offenbar ein Abgleiten in Resignation und Apathie verhindern.

So nahm in Wien – ganz anders als in Marienthal – das Bildungsinteresse bei Arbeitslosen keineswegs ab. Die Leser- und Entlehnzahlen in den Arbeiterbüchereien stiegen bis Ende 1932 kontinuierlich an, erst 1933 kam es zu einem kleinen Rückgang. Viele Arbeitslose setzten sich auch aktiv im Büchereiwesen ein. Bei einem Kurs für Arbeiterbibliothekare, den Josef Luitpold Stern 1931 abhielt, fanden sich unter den 508 Teilnehmern über 100 Arbeitslose.⁴⁵

Für jüngere Arbeitslose, besonders wenn sie einer Organisation wie der Sozialistischen Arbeiterjugend angehörten, bedeutete diese Zeit unter Umständen sogar eine Verlängerung der Jugendphase, d.h. der Zeit, in der sie noch nicht gezwungen waren, für ihren Unterhalt Lohnarbeit zu leisten. Vielfältige Aktivitäten in der Gruppe – die durchaus politisch waren und daher nicht die oft-

rienthal – die sie nicht einfach ignorieren können – bloß am Rande zur Kenntnis nehmen, beispielsweise als „Marienthal-Syndrom“ (Peter D. Stachura, Introduction: The Development of Unemployment in Modern German History, in: ders., Unemployment, wie Anm. 1, 1–27, hier 17) kategorisieren und glauben, mit den „nationalen Eigentümlichkeiten der Österreicher“ schon die ganze Erklärung zur Hand zu haben.

⁴⁴ Vgl. Jahoda, Marienthal, wie Anm. 40, 97.

⁴⁵ Vgl. Alfred Pfoser, Literatur und Austromarxismus, Wien 1980, 91; bei Dieter Langewiesche, Zur Freizeit des Arbeiters. Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik, Stuttgart 1979, der als erster Zweifel an der Verallgemeinerbarkeit der These von der Resignation durch Arbeitslosigkeit angemeldet hat, finden sich weitere Beispiele.

mals beschworene Gefahr des Ableitens zu faschistischen Organisationen⁴⁶ implizierten – ließen sie Arbeitslosigkeit beinahe als eine Art von Urlaub erleben.⁴⁷

Herrn Schmid, geb. 1914, erinnert sich an seine Zeit als jugendlicher Arbeitsloser:

„... aba a Zeit samma ja g'standn vurn bein Gemeindebau, die Arbeitslosn alle auf die Eckn gstandn ned, weils ka Arbeit ham, g'redt, hast Du was, hast was kriagt, oda schau durt hin, oda schau durt hin ned, und so hamma halt si troffn und so, des was meistn die Jugendlichen [SAJ] warn ned. Und da war ma bei die Jugendlichen dann auf'd Nacht oda was ned, und hamma si durt unterhalt'n ghabt ned, oda mit erna an Ausflug gmacht, i kann mi guat erinnern, am Schneeberg zum Beispül, hamma a Partie z'ammghaut, a jeda hat was bracht ghabt, von Rucksack, was er halt von daham.. und da is in Gemeinschaft kocht worn ned. Und da kann i mi erinnern [lacht], da war a amoil so a Fall, da san ja hauptsächlich Arbeitslose gwesen a ned, da is aner hamg'fahrn mitn Radl, weil Bahnfahrt si hat eh kaner leistn kennan, is er mitn Radl g'fahrn, hat alle gstempt und is wieda aussekumman.“

Herr Schmid findet dann doch noch Arbeit in seinem erlernten Beruf. Aber schließlich:

„... no und auf amoil is die Arbeit a'grissn, momentan is a'grissn, no hat er wirkli entlassn ned, und war i wieda auf da Straßn. ... wann da Winter kumman is, mir ham g'schaut, wo ma Schneeschaufn kann, mir san gstandn überall, die halbatn Nächtn und oft länger. Ausfrorn war ma ... dann endlich hat ma wirklich a Schaufn kriagt – oder s'hat uns passiern kennan, daß ma d'ganze Nacht gstandn san und nix kriagt ham und hamgeh kennan ham, weil dann hats wieda zum Regna anfangt, des is nix wurn mitn Schnee ned, samma hamkumma alsa Ausfruana und nix wor. Dann samma gangan Nuß aufschlagn ... da hat ma den Meldezettl abgebn und hat ma, sagma waß i, 20 Kilo Nuß kriagt, also an Sack, und die hat ma miaßn aufschlagn, sortiern, die Halbatn, die Viertl und da Mist, und da hat ma dann, waß i, hab i 20 Schilling kriagt ... no und wanns ned guat garbeit warn, hat ma nix mehr kriagt... Und da hat ma daham aba hibsch nagln miassn, daß ma des z'ammbringan, weil mir ham g'schaut, daß ma in nächstn Tag wieda liefern kennan ned, also da hamma d'halbate Nacht durchg'arbeit oft, daß ma des erreicht ham und a paar Schilling kriagt ham ...“

46 Vgl. etwa Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes (1932), Stuttgart 1967, 97; Max Adler, Wandlung der Arbeiterklasse? In: Der Kampf 10, Oktober 1933, 408.

47 Vgl. Safrian, Zeit, wie Anm. 1.

Als Herr Schmid mit zwanzig Jahren heiratet (die Freundin ist schwanger geworden), sieht er sich gezwungen, jede Arbeit anzunehmen, die sich bietet:

„... dann hab i bein Schwager draußd g'arbeit als Hilfsarbeit, also des war auf da G'stätt'n in 10. Bezirk. A G'stätt'narbeit, wann des aner kennt, is kann ma sogn, fast aner der schwerstn Arbeitn ah ... da is die Gemeinde Wien mit die Koloniawägn aussekumman und durt war a Pächter, der hat des verarbeitet, der hat amoil des Material ausseg'arbeit und des is wieda in die Fabrik gangen. ... Und durt hab i draußd g'arbeit, aba i kann Ihna sogn – guat i hab mi nach an halbn Jahr ziemlich gwehnt dran, aba es war hart. Mit 27 Schilling in da Wochn hab i durt g'arbeit ...“

Interessant hinsichtlich der Unterschiede zwischen Wien und Marienthal ist auch ein Vergleich mit Steyr. Im Bezirk Steyr waren im Februar 1930 fast zwei Drittel der Arbeiter und Angestellten arbeitslos. Ende 1931 waren mehr als 53 Prozent der Bevölkerung der Stadt Steyr auf Arbeitslosenunterstützung oder andere öffentliche Fürsorge angewiesen.⁴⁸ Zu dieser Zeit waren 60 Prozent aller SDAP-Mitglieder ohne Beschäftigung. Nachdem die Mitgliederzahl seit 1929 drastisch gefallen war, traten nach einem ersten durch die Arbeitslosigkeit ausgelösten Schock viele ehemalige Mitglieder der Partei wieder bei. Durch eine Werbeaktion wurden von Ende 1931 bis November 1932 viele Neubetriebe erzielt, obwohl der Anteil der Arbeitslosen an den Parteimitgliedern nunmehr schon 72,6 Prozent betrug. Bei der Sozialistischen Arbeiterjugend konnte eine ungewöhnlich hohe Steigerung um 77,7 Prozent von 503 auf 894 erzielt werden – hauptsächlich bedingt war dieser Zuwachs durch einen Anstieg im städtischen Milieu, in manchen Landgemeinden dagegen lösten sich die SAJ-Gruppen zwischen 1930 und 1932 auf.

Arbeitslosigkeit und Selbstmord

In Untersuchungen zur Zwischenkriegszeit wurde immer wieder der naheliegende Versuch unternommen, die steigende Zahl der Selbstmorde und die anwachsende Masse der Arbeitslosen zu vergleichen.⁴⁹ Korrelationen dieser Art

48 Vgl. auch zum folgenden Josef Stockinger, *Zeit die prägt. Arbeiterbewegung in Steyr*, Linz 1988.

49 Vgl. Dieter Stiefel, *Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen*,

müssen allerdings sehr vorsichtig interpretiert werden, zeigt doch schon die Selbstmordrate für Österreich nach einem Höhepunkt 1932 eine fallende Tendenz bis 1937, obwohl die Arbeitslosigkeit 1933 noch weiter anstieg und erst 1937 unter den Stand von 1932 fiel. Noch etwas fragwürdiger wird dieser Zusammenhang, wenn man internationale Vergleiche heranzieht. So stimmt zwar die generell höhere Selbstmordrate im Deutschen Reich im Vergleich zu Österreich mit der höheren Arbeitslosenrate für 1932 überein, nicht jedoch für 1928, wo sie unter der österreichischen lag.⁵⁰ Für Großbritannien, das während der gesamten Zwischenkriegszeit mit Ausnahme von 1927 eine wesentlich höhere Arbeitslosenrate aufzuweisen hatte als Österreich (und meist auch als das Deutsche Reich), sind nur relativ niedrige Suizidraten belegt.⁵¹ Dementsprechend vorsichtig interpretieren englische Autoren den Zusammenhang zwischen Selbstmord und Arbeitslosigkeit: „The causes of suicide are complex and difficult to reduce to a single factor such as unemployment, however strong the circumstantial evidence might be.“⁵² Ein – zugegebenermaßen außergewöhnliches – Beispiel erzählt die Tochter eines Maschinenbau-Ingenieurs bei Siemens-Schuckert, der nach 20jähriger Tätigkeit gekündigt wird:

„... nach einigen Monaten seiner Arbeitslosigkeit, also er hat sich im Haushalt ... bemüht, irgendwie scho die Wohnung so aufgeräumt, daß anzuschau war... Des hat ihn natürlich ned ausgefüllt. Er war ja damals, wartn Sie, 47 Jahre alt, eigentlich nicht mehr jung, nicht, also um sich ganz umzustellen, aba auch noch nicht so alt, um zu resigniern, ned. Und da hat er rechnerisch folgendes rausgebracht: Er hat also seit dem Jahr vier eingezahlt, des is a ganz schöne Zeit, Versicherungszeit, und die Pension, die ihm zustünde, wär ganz ansehnlich, und auch die Witwen- und Waisenspension für uns, falls ihm was zustoßen würde, ist höher als des Arbeitslosengeld – und ein Mann weniger! Und da hat er spekuliert, ob er si ned des Lebn nehmen soll ..., also des war scho trist, des is irgendwie sehr traurig gewesn, daß meine Mutter gsagt hat, entweder ich soll Einkaufn gehn oder sie geht Einkaufn ...“ (Fr. Novacek)

am Beispiel Österreichs 1918–38, Berlin 1979, 167 ff.; Heinrich Kranebitter, Sozialindikatoren und Arbeitslosigkeit in Österreich in den Jahren 1924 bis 1937, Diplomarbeit, Wien 1976, 55 ff.

50 Vgl. Heinrich A. Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin u. Bonn 1987, 50; Stiefel, Arbeitslosigkeit, wie Anm. 49, 20.

51 Vgl. Norbert Ortmayr, Selbstmord in Österreich 1819–1988, in: Zeitgeschichte 18, 1990, 209–225, hier: 224.

52 Stevenson u. Cook, Slump, wie Anm. 3, 82.

Zweifellos kam es in der Zwischenkriegszeit zu Selbstmorden, die durch Arbeitslosigkeit (mit-)bedingt waren, und für zeitgenössische Beobachter waren die häufigen Suizide oft so frappierend, daß diese Tatsache in Zeitungen kommentiert und beispielsweise die Anzahl der Selbstmörder von der „Roten Fahne“ Tag für Tag penibel registriert wurde. Doch die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, unter welchen Umständen Arbeitslosigkeit zu dieser extremen Reaktion führt. Einen Hinweis zur Beantwortung liefert der Film „Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?“ (Buch: Bertolt Brecht und Ernst Ottwald, Regie: Slatan Dudow), der 1931/32 entstanden ist.⁵³ Im 2. Akt dieses Films wird der Selbstmord eines jungen Arbeitslosen gezeigt, dem in der Szene davor die Eltern Vorwürfe machen, daß er sich gar nicht bemühe, Arbeit zu finden. Auslösender Faktor ist aber der Wegfall seiner Unterstützung, von dem der Vater soeben aus der Zeitung erfahren hat. Brecht in einem Kommentar zum Film: „Dargestellt wurde das Schicksal eines jungen Arbeitslosen, der den Anschluß an die kämpfende Arbeiterschaft nicht findet und den der Abbau der Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche ... in den Tod treibt.“⁵⁴ Hier werden drei Momente angesprochen: extreme materielle Not, Vereinzelung und mangelnder Rückhalt in der Familie. Tatsächlich scheinen dies ganz wesentliche Faktoren zu sein, die zu einer individuellen Schuldzuschreibung und – wenn sie gemeinsam auftreten – zu einer erheblichen Suizidgefährdung führen dürften. Mit Erinnerungsinterviews kann gezeigt werden, daß eine Form von Zusammenhalt, sei es innerhalb der Familie, sei es in einer *peer-group*, eine eminente Bedeutung für das Überleben des einzelnen hatte. Auch ein Dorf kann offenbar diese Form des Zusammenhalts bieten: So heißt es etwa für Marienthal, „daß die geschlosseneren dörfliche Gemeinschaft sich aus vielerlei Gründen länger und leichter als Ganzes intakt erhält“⁵⁵ – als die Großstadt, ist hier hinzuzufügen. Denn im Zusammenhang mit sog. „Absturzexistenzen“ sprechen die Autor/innen von einer psychischen Situation, „die in der Großstadt in Selbstmord oder eine ähnliche Katastrophenreaktion ausmündet“.⁵⁶ Daß die Großstadt aber nicht

53 Vgl. Wolfgang Gersch u. Werner Hecht, Hg., ‚Bertolt Brecht, Kuhle Wampe‘, Frankfurt am Main 1978; Reinhold Happel, Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt. Eine exemplarische Analyse, in: Helmut Korte, Hg., Film und Realität in der Weimarer Republik, München 1978, 169–212.

54 Zit. nach Gersch u. Hecht, Kuhle Wampe, wie Anm. 53, 92.

55 Jahoda u.a., Marienthal, wie Anm. 40, 26.

56 Jahoda, Marienthal, wie Anm. 40, 111.

nur negative Tendenzen verstärken kann, sondern vielfältigere Möglichkeiten des „Überlebens“ von Arbeitslosen bot, ist für Wien schon gezeigt worden.⁵⁷

Wirkung von Arbeitslosigkeit

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß Arbeitslosigkeit niemanden eindeutig zu Protest und Gewalt oder zu Resignation und Apathie disponiert. Arbeitslosigkeit kann allerdings vorhandene Tendenzen verschärfen. So wie für Marienthal festgestellt wurde, daß sich in manchen Ehen die Beziehungen der Partner zueinander sogar verbessert, andere wesentlich verschlechtert haben⁵⁸, ist für Großbritannien belegt, daß Arbeitslosigkeit vorhandene ökonomische Probleme verschärft, aber nicht hervorgebracht hat. Im *New Survey of London Life and Labour* (1934) rangiert an erster Stelle der Ursachen für Armut Alter, das bei einem Drittel der Familien im Londoner East End dafür verantwortlich war, gefolgt von Krankheit des Hauptverdieners, großer Familie und niedrigen Löhnen. Arbeitslosigkeit war ein weiterer wichtiger Grund, doch nicht unbedingt der entscheidende. Armut, Krankheit und schlechte Wohnverhältnisse waren die herausragenden sozialen Probleme in der Zwischenkriegszeit. „Although all three could be related to unemployment, they were problems which pre-existed unemployment and were usually aggravated by unemployment rather than caused by it.“⁵⁹

Die Frage, welche Auswirkung Arbeitslosigkeit hat, ist aber nicht nur von den sozialen und ökonomischen Bedingungen her zu beantworten, sondern auch aus der Erfahrung der Betroffenen. Und hier ist entscheidend, ob Arbeitslosigkeit zur dominierenden Erlebnisweise oder gar zum lebensgeschichtlichen Bruch wird. Dies zeigt sich auch bei der Marienthal-Studie, denn obwohl die Bevölkerung auf einem äußerst niedrigen Reproduktionsniveau ihr Auslangen finden mußte, wurde die jeweilige Stimmungslage nicht bloß als Funktion der materiellen Mittel beschrieben. Liest man die Untersuchung „gegen den Strich“, so zeigt sich, daß die dort gefundenen Haltungstypen nicht einfach – wie das von

57 Für Berlin vgl. Wolfgang Russ, Männlich und verzweifelt? Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit in der Zwischenkriegszeit, in: *Aufrisse* 3 (1988), 46–57.

58 Vgl. Jahoda u.a., Marienthal, wie Anm. 40, 98 ff.

59 Stevenson u. Cook, Slump, wie Anm. 3, 50.

den Autor/innen behauptet wird⁶⁰ – aus der Korrelation mit den zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln erklärt, sondern aus einer Reihe von Beobachtungen, Gesprächen, Hausbesuchsprotokollen und aus den daraus gewonnenen Lebensgeschichten abgeleitet werden. (Es scheint, als ob die Autor/innen an dieser Stelle zu wenig Zutrauen in die „Wissenschaftlichkeit“ ihrer subtilen und eingehenden Beschreibungen⁶¹ der jeweiligen Familiengeschichten gehabt und deshalb Zuflucht zur anerkannteren Form der statistischen Analyse gesucht hätten. Doch, wie Marie Jahoda in einer späteren Einschätzung des Buches selbst kritisierte: „Vom Standpunkt der Statistik (...) ist es außerordentlich naiv.“⁶²) Sieht man sich die abgedruckten Familienbeschreibungen nach impliziten Bewertungskriterien an, so zeigt sich, daß die Stimmungslage des Mannes eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Einordnung der gesamten Familie in eine der Haltungsgruppen war. Auch wenn das „Einkommen“ einer Familie pro Monat und Verbrauchseinheit mit 41,40 Schilling weit über dem Durchschnitt der „Ungebrochenen“ lag (Familie 23, 65 f.), wurde sie der Gruppe der „Resignierten“ zugeschlagen – primär weil der Mann seinen Plan, nach Rußland auszuwandern, nicht verwirklicht hatte. Umgekehrt wurde eine Familie (Nr. 141, S. 67 f.) mit nur 30 Schilling pro Monat und Verbrauchseinheit als „ungebrochen“ bezeichnet, v.a. weil es für den Mann als politischen Funktionär noch genug zu tun gab und er noch hoffnungsvoll war.⁶³

Frauen und Arbeitslosigkeit

Nicht zufällig sind Frauen bisher in diesem Aufsatz so gut wie nicht vorgekommen. Der Blick auf den arbeitslosen Mann hat in der Forschung eine lange Tra-

60 Vgl. Jahoda, Marienthal, wie Anm. 40, 96.

61 Zur Methodik und den dabei erzielten Innovationen vgl. Christian Fleck, Politische Emigration und sozialwissenschaftlicher Wissenstransfer. Am Beispiel Marie Jahodas, in: Marie Jahoda, Arbeitslose bei der Arbeit. Die Nachfolgestudie zu ‚Marienthal‘ aus dem Jahr 1938, Frankfurt am Main (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 11) 1989, vii–lxxii, besonders: xlv ff.

62 Marie Jahoda, Aus den Anfängen der sozialwissenschaftlichen Forschung in Österreich, in: Zeitgeschichte 4 (1980/81), 133–141, hier 140.

63 Zur Kritik an diesen Kategorien und ihrer männerdominierten Bewertung vgl. Russ, Erfahrungen, wie Anm. 57, 48.

dition, die bis in die 80er Jahre fortbestand.⁶⁴ Insbesondere wenn es um Fragen wie Arbeitslosenprotest oder psychosoziale Auswirkungen von Arbeitslosigkeit geht, werden Frauen kaum wahrgenommen. Sie tauchen erst auf, wenn sich das Interesse meist männlicher Forscher auf die Familie richtet. Das entspricht in weiten Bereichen der Realität: Frauen hatten in Zeiten von Arbeitslosigkeit die meist wesentlich aufwendigere Hausarbeit zu erledigen, dazu kam der für das Haushaltsbudget notwendige Zusatzverdienst in Form von Heimarbeit (Schneidern, Wäsche waschen u.ä.) oder von außerhäuslichen Putzarbeiten. Frauen waren also „beschäftigt“, sie litten unter keinem „Zeitzerfall“ (wie die Männer in Marienthal). Allerdings – und darauf weist schon die Marienthal-Studie⁶⁵ hin – litten Frauen durchaus auch am Verlust der Lohnarbeit.

Obwohl also Frauen oftmals durch Hausarbeit und Zusatzverdienst so weit ausgelastet waren, daß ihnen auch während der Arbeitslosigkeit kaum freie Zeit blieb, gab es für einige – wahrscheinlich wenige – Frauen durchaus andere Möglichkeiten. Schon weiter oben wurde erwähnt, daß an den britischen Hungermärschen auch kleinere Gruppen von Frauen teilgenommen haben.⁶⁶ Beim Marsch 1930 waren es allerdings nur etwa 25 Frauen. Trotzdem wurde die Existenz einer Frauengruppe von den Organisatoren als wichtig erachtet. In Hinblick auf die politische Tätigkeit gab es beim Erleben von Arbeitslosigkeit praktisch keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. So antwortete eine ab 1925 im Kommunistischen Jugendverband aktive Frau auf meine Frage, ob ihr die Arbeit abgegangen wäre: „Im Gegenteil, es war irgendwie insofern auch a Vorteil, daß ich genügend Zeit ghabt hab für die politische Tätigkeit“ (Frau Kuhn).

64 Zur Kritik an der Männerzentriertheit der Arbeitslosen-Forschung vgl. Gitte Schefer u. Renate Wielpütz, Frauenarbeitslosigkeit: Eine Alternative zur Erwerbsarbeit? In: Prokla 53, 1983, 54–76; Margit Wiederschwinger, Frauenarbeitslosigkeit: Wahrnehmungsmuster und Ausschließungsmechanismen, in: Erna Appelt u.a., Hg., Stille Reserve? Erwerbslose Frauen in Österreich, Wien 1987, 55–71, hier S. 63 ff.

65 Vgl. Jahoda, Marienthal, wie Anm. 40, 91 f., ein weiteres Beispiel in Russ, Erfahrungen, wie Anm. 57, 49.

66 Vgl. Kingsford, Hunger Marchers, wie Anm. 4; Croucher, Silence, wie Anm. 1, 112; obwohl beide Bücher sehr ausführlich auf die Hungermärsche eingehen und das Mitmarschieren und die Schwierigkeiten der Frauen recht penibel registrieren, findet sich in beiden kein Hinweis darauf, warum es denn *eigene* Frauenkontingente gab.

Auf einen wesentlichen Unterschied in den Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit sei hier noch aufmerksam gemacht: Die Ergebnisse der Marienthal-Studie, so singularär sie auch nach all dem bisher Gesagten aussehen mögen, sind deshalb von großem Pessimismus gekennzeichnet, weil es dabei – wie es auch im Untertitel der Untersuchung heißt – um die „Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit“ geht. Die meisten Menschen waren bereits mehr als zwei Jahre ohne Arbeit, ein „grauer“ Arbeitsmarkt existierte nicht, und die Situation wurde mit jedem Tag nur noch hoffnungsloser. Die Autor/innen kamen deshalb zu dem Schluß: „Zwar haben wir verschiedene Haltungstypen unterschieden: eine aktivere, zuversichtlichere als die charakteristische Gruppe der Resignierten, zwei andere darüber hinaus gebrochen und hoffnungslos. Aber jetzt zum Schluß haben wir erkannt, daß hier vermutlich nur verschiedene Stadien eines psychischen Abgleitens vorliegen, das der Reduktion der Zuschüsse und der Abnutzung des Inventars parallel geht. Am Ende dieser Reihe stehen Verzweiflung und Verfall.“⁶⁷ Diese Ergebnisse werden von einer englischen Studie für die von Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Gebiete durchwegs bestätigt.⁶⁸

Dies führt letztlich nochmals zur Frage des Erfolgs oder der Erfolglosigkeit von Arbeitslosenbewegungen. Die Politik der Straße konnte für Arbeitslose – neben dem zeitweiligen konkreten Erfolg bei bestimmten Forderungen – eine wichtige zusätzliche Bedeutung haben: die Vermeidung von Marginalisierung und die soziale und politische (Re-)Integration in die Arbeiterbewegung. „The N.U.W.M. provided a surrogate for militant trade unionism which helped both employed and unemployed.“⁶⁹ Allerdings gelang es auch der N.U.W.M. nicht, aus einem relativ eng begrenzten Kreis von bereits politisierten Arbeitslosen auszubrechen und jene Leute anzusprechen, die am meisten gefährdet waren: vor allem Langzeitarbeitslose in den am schwersten betroffenen Gebieten.

67 Jahoda, Marienthal, wie Anm. 40, 101 f.

68 Vgl. Men without work. A Report made to the Pilgrim Trust, Cambridge 1938. Diese Studie, die in ihrer Sorgfalt wahrscheinlich als einzige zeitgenössische Studie an „Marienthal“ heranreicht, widmete sich sechs ausgewählten Problemgebieten mit jeweils unterschiedlicher Struktur. Die Autoren konnten zeigen, daß gerade in den am meisten betroffenen Gebieten wie z.B. The Rhondda U.D. die Langzeitarbeitslosigkeit überproportional hoch war und daß sie sogar noch zugenommen hatte, als in Großbritannien insgesamt gesehen die Arbeitslosigkeit schon wieder rückläufig war.

69 Croucher, Silence, wie Anm. 1, 107.

Auch von der KPD wurde als einer Art „surrogate labour movement“⁷⁰ gesprochen, allerdings zeigt sich gerade hier die Problematik eines solchen „Ersatzes“ deutlich. Eine Zeitlang konnten Aufmärsche und Demonstrationen die Anhänger mobilisieren, doch bald zeigte sich Demonstrationsmüdigkeit. Erfolge waren mit Demonstrationen nicht wirklich zu erzielen. Denn was könnte der größte Erfolg einer Arbeitslosenbewegung sein? Doch wohl nur Arbeitsplätze zu schaffen. Das hätte – wäre es in großem Maßstab gelungen – die Bewegung aber entscheidend geschwächt. In den USA ist, als es zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Roosevelts New Deal kam, die Arbeitslosenbewegung rasch zurückgegangen. Letztlich aber scheint der entscheidende Grund für die Erfolglosigkeit von Arbeitslosenbewegungen der transitorische Charakter von Arbeitslosigkeit selbst zu sein: Solange ein Arbeitsloser an den vorübergehenden Status seines Zustands glaubt, ist er kaum bereit, sich als Arbeitsloser zu organisieren; ist er schließlich überzeugt davon, daß keine Veränderung seiner Lage mehr eintreten wird (wie in Marienthal), so wird er sich erst recht nicht organisieren.

70 McElligott, Unemployed, wie Anm. 12, 247.